



Stadtpräsident Stephan Nolte mit Ehrenmitgliedschaft des Haus der Begegnung geehrt



Foto: Armin Blumtritt zeichnete den
Stadtpräsidenten als Ehrenmitglied seines Vereins
aus. Sebastian Ehlers hielt die Laudatio.

17.05.2016 © LHS Wer solche Ehrenmitglieder hat, dem muss um die nächsten 20 Jahre nicht Bange sein: Die Landeshauptstadt beglückwünscht ihren Stadtpräsidenten Stephan Nolte zur Auszeichnung mit der Ehrenmitgliedschaft im Verein „Haus der Begegnung“, der gerade sein 20-jähriges Jubiläum feiert. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion in der Stadtvertretung, Sebastian Ehlers, würdigte in seiner Laudatio den Stadtpräsidenten als einen Kommunalpolitiker, der zuhören, vermitteln und Menschen zusammenbringen kann.

„Dem Verein Haus der Begegnung Schwerin e.V. steht Stephan Nolte seit seiner Wahl zum Stadtpräsidenten vor mehr als acht Jahren gerne als Ansprechpartner zur Verfügung und hilft mit seinen Kontakten in die Landtagsverwaltung. So konnte das Kompetenzzentrum für Menschen mit Hör- und Sehbehinderungen beispielsweise in die Vorbereitung zum Umbau des Plenarsaals im Schweriner Schloss einbezogen werden.“

CDU-Fraktion: Aufnahme in die Metropolregion Hamburg ist große Chance für Schwerin



metropolregion hamburg

Die CDU-Fraktion in der Stadtvertretung begrüßt die geplante Aufnahme der Landeshauptstadt Schwerin in die Metropolregion Hamburg. Die Mitgliedschaft geht auf einen Antrag von CDU und FDP in der Stadtvertretung im Jahr 2011 zurück.

„Ich bin froh, dass unsere Initiative nach mehr als fünf Jahren zum Erfolg geführt hat. Die Aufnahme in die Metropolregion ist eine große Chance für unsere Stadt. Wir profitieren von der Nähe zu Hamburg als wirtschaftliches Zentrum im Norden. Bei der

Ansiedlung von Nestlé war die gute Anbindung an den Hamburger Hafen ein wichtiges Argument. Auch bei der touristischen Vermarktung gibt es noch Möglichkeiten für eine intensivere Zusammenarbeit. Außerdem wird in Hamburg der Wohnraum für Studenten und junge Familien immer knapper. Ich sehe deshalb auch Potentiale für den Wohnstandort Schwerin. Eine bessere Bahnansbindung ist dafür aber die Voraussetzung“, erklärte CDU-Fraktionschef Sebastian Ehlers.

CDU-Fraktionsvorsitzende Waldmüller und Ehlers werben um Kompromiss in Nahverkehrs-Debatte – SPD-Vorschlag zur Fusion der Verkehrsbetriebe wird abgelehnt

12.05.2016 In der Diskussion um die Regionalen Nahverkehrspläne in Westmecklenburg werben die Vorsitzenden der CDU-Fraktionen im Kreistag Ludwigslust-Parchim und in der Stadtvertretung Schwerin, Wolfgang Waldmüller und Sebastian Ehlers, für einen Kompromiss. Dem Vorschlag der Schweriner SPD, die Verkehrsbetriebe in Westmecklenburg zu fusionieren, erteilten die CDU-Politiker eine klare Absage.

„Die Kreistage in Westmecklenburg und die Stadtvertretung Schwerin haben ihre Nahverkehrspläne beschlossen. Einige Fragen sind dabei noch offen und haben in den letzten Wochen zu öffentlichen Diskussionen geführt. Diese offenen Punkte müssen zügig geklärt werden. Unser Ziel ist es, dass im Interesse der Fahrgäste eine vernünftige Lösung gefunden wird“, sagten Waldmüller und Ehlers.



*Die Vorsitzenden der
CDU-Fraktionen im
Kreistag
Ludwigslust-Parchim
und in der
Stadtvertretung
Schwerin, Wolfgang
Waldmüller und
Sebastian Ehlers*



„Für uns ist wichtig, dass die VLP-Busse, die die Verknüpfungspunkte anfahren bzw. von dort abfahren, auch die Haltstellen in diesen Streckenabschnitten anfahren dürfen. Es muss an den Verknüpfungspunkten einen nahtlosen Übergang zur Straßenbahn geben. Außerdem darf es nicht dazu kommen, dass die Fahrgäste zwei Tickets lösen müssen. Es muss deshalb ein gemeinsames Ticket geben“, betonte Waldmüller.

„Wir wollen den Marienplatz vom Verkehr entlasten, deshalb wird nicht mehr jeder Umlandbus direkt durch das Zentrum fahren können. Die Verkehrssicherheit soll erhöht und der Platz insgesamt attraktiver werden. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass die reinen Schülerverkehre aus dem Landkreis direkt zu den Schweriner Schulen fahren dürfen“, so Ehlers.

„Unser gemeinsames Ziel ist ein attraktiver ÖPNV in Westmecklenburg. Deshalb sind jetzt vor allem Landrat Christiansen und Oberbürgermeisterin Gramkow gefragt, eine gemeinsame Lösung zu finden. Die Menschen haben wenig Verständnis dafür, dass wir über eine Anbindung an den Hamburger Verkehrsverbund diskutieren und vor Ort keinen Kompromiss finden. Fest steht für uns aber auch, dass es nicht zu einer Fusion der drei Verkehrsbetriebe in Westmecklenburg kommen darf. Die Entscheidung ob und wie oft ein Bus nach Boizenburg oder nach Schwerin-Friedrichsthal fährt, muss weiter vor Ort getroffen werden. Auch vor dem Hintergrund der Meldungen über die Verluste bei der Nahbus Nordwestmecklenburg GmbH lehnen wir den Vorschlag der Schweriner SPD, die Unternehmen zu fusionieren, ab“, erklärten die CDU-Politiker abschließend.

CDU-Fraktion: Schulen in freier Trägerschaft dürfen bei Sportstättengebühr nicht benachteiligt werden

28.04.2016 Bereits zum zweiten Mal in Folge ist die Neufassung der Sportstättennutzungsgebühr von der Tagesordnung der Stadtvertretung genommen worden. Der Grund dafür ist, dass die Beratungen im Bildungsausschuss noch nicht abgeschlossen werden konnten.

„Für alle Nutzergruppen wird das Entgelt verdoppelt, außer für Schulen in freier Trägerschaft. Hier soll im kommenden Schuljahr fast das Vierfache erhoben werden. Das ist für unsere Fraktion nicht nachvollziehbar. Es darf nicht dazu kommen, dass die neue Gebühr zu einem Wettbewerbsnachteil für die Schulen in freier Trägerschaft führt, zumal bereits heute zum Beispiel die Schülerinnen und Schüler der Niels-Stensen-Schule zum Sportunterricht nach Neu Zippendorf fahren müssen und somit Fahrtkosten anfallen und ein zusätzlicher Zeitaufwand entsteht. Es sind noch eine Reihe von Fragen zu klären, unter anderem wie sich die Berechnung des Schulkostenbeitrages für die Sportstättennutzung zusammensetzt. Ich erwarte, dass der zuständige Schuldezernent diese Fragen zur nächsten Sitzung klärt“, sagte der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Georg-Christian Riedel.

CDU-Fraktionschef Sebastian Ehlers betonte anlässlich der Diskussionen im Ausschuss: „Eine Benachteiligung der Schulen in freier Trägerschaft wird es mit der CDU-Fraktion nicht geben.“

CDU-Fraktion kritisiert Äußerung von Jugendhilfeausschussvorsitzenden Brill

14.04.2016 Die Äußerung des Jugendhilfeausschussvorsitzenden und Kreisvorsitzenden der Linken, Peter Brill, zu seiner Rolle im Missbrauchsskandal im Verein „Power for Kids“ stoßen bei der CDU-Fraktion auf scharfe Kritik.



*Franziska Jeske,
Mitglied im
Jugendhilfe-
ausschuss*

„Die Äußerungen im Sonderausschuss und die öffentlichen Äußerungen im NDR sind für mich überhaupt nicht mehr nachvollziehbar. Mehr als 40 Fälle von

Kindesmissbrauch hätten verhindert werden können, wenn das Jugendamt und Herr Brill bei der Polizei Anzeige erstattet hätten. Es ist ein Schlag ins Gesicht der Opfer, wenn der Jugendhilfeausschussvorsitzende jetzt erklärt, dass er nicht falsch gehandelt hat“, erklärte Jugendhilfeausschussmitglied Franziska Jeske.

„Der Jugendhilfeausschuss ist zu keinem Zeitpunkt über die Vorwürfe informiert und das gesamte Gremium damit öffentlich beschädigt worden. Das Vertrauen zu den anderen Mitgliedern des Ausschusses hat er damit erschüttert. Nach diesen Aussagen halte ich ihn als Ausschussvorsitzenden für nicht mehr tragbar. Er sollte deshalb den Weg frei machen für einen Neuanfang. Nur so kann verloren gegangenes Vertrauen in den gesamten Ausschuss wiedergewonnen werden“, erklärt die jugendpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Susanne Herweg.

Marketing soll gestärkt werden – CDU-Fraktion für Errichtung eines solidarischen Bezuschussungsmodells

14.04.2016 Nach dem Willen der CDU-Fraktion soll der Stadtmarketinggesellschaft aus dem städtischen Haushalt künftig ein Sonderzuschuss gewährt werden. Für jeden Euro, den die Private Marketinginitiative der Wirtschaft aus den Beiträgen ihrer Mitglieder für die Stadtmarketinggesellschaft zur Verfügung stellt, erhält das Unternehmen einen Euro aus dem städtischen Haushalt. Der Sonderzuschuss soll sich an den städtischen Einnahmen aus der Bettensteuer orientieren und zunächst auf maximal 35.000 Euro jährlich begrenzt.

„Die Private Marketinginitiative hat der Stadtmarketinggesellschaft alleine im letzten Jahr rund 30.000 Euro zur Verfügung gestellt. Damit ist es auf Initiative der Wirtschaft in Schwerin gelungen, ein freiwilliges Finanzierungsmodell für zusätzliches Marketing erfolgreich umzusetzen. Es ist deutschlandweit ein Referenzmodell für eine gelungene öffentlich-private Zusammenarbeit, das sich von anderen Kommunen unterscheidet“, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Sven Klinger.

„Unser Ziel ist es, diese Partnerschaft für den Standort Schwerin zu sichern. Dafür ist eine nachhaltige Sicherung des Kooperationsbudgets für ein zusätzliches Tourismusmarketing durch ein solidarisches Bezuschussungsmodell erforderlich. Der Tourismusstandort Schwerin kann im Wettbewerb nur bestehen, wenn das Marketing quantitativ und qualitativ weiter verbessert wird. Das geht nur mit mehr Geld und einem mit allen Leistungserbringern abgestimmten Vorgehen. Nachdem bei der Einführung der Bettensteuer parteiübergreifend beteuert worden ist, man werde von den Einnahmen etwas in die Entwicklung des Tourismus zurückfließen lassen, sollten den Ankündigungen jetzt Taten folgen. Im Jahr 2015 hat die Stadt Einnahmen in Höhe von rund 315.000 Euro aus der Bettensteuer erzielt. Ein Sonderzuschuss an die Stadtmarketing auf maximal 35.000 Euro ist deshalb mehr als gerechtfertigt“, erklärte der CDU-Politiker abschließend.

CDU-Fraktion für Widerspruch gegen Factory Outlet Center in Wittenburg

11.04.2016 Die Stadtvertretung soll den Widerspruch der Verwaltung gegen das geplante Factory Outlet Center in Wittenburg unterstützen. Einen entsprechenden Antrag hat die CDU-Fraktion zur Sitzung der Stadtvertretung am nächsten Montag eingebracht.



„Das geplante Factory Outlet Center in Wittenburg hat negative Auswirkungen auf den Einzelhandel in Schwerin. Es ist zu befürchten, dass Geschäfte schließen müssen und ohnehin knappes qualifiziertes Personal aus unserer Stadt zusätzlich abgeworben wird. Schwerins Position als Oberzentrum in Westmecklenburg würde dadurch geschwächt werden. Im Interesse der einheimischen Wirtschaft muss die Verwaltung einer raumordnungsrechtlichen Zulassung widersprechen. Vom zuständigen Minister für Landesentwicklung, Christian Pegel, erwarten wir, dass

er das Vorhaben in dieser Form verhindert. Wir wollen eine gute Zusammenarbeit in der Region, aber in dieser Dimension geht das geplante Center zu weit. Das von den Investoren geplante Gesamtkonzept mit Errichtung eines Feriendorfes, der Erweiterung des Hotels und der Schaffung von 1.600 Parkplätzen zielt bewusst darauf ab, dass die Kunden im sogenannten Wittenburg Village verbleiben und keine Absteher in die Region bzw. in die Landeshauptstadt unternehmen“, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Sven Klinger.

CDU-Fraktion fordert IT-Offensive für Schweriner Schulen

07.04.2016 Die CDU-Fraktion macht sich für eine bessere IT-Ausstattung der Schweriner Schulen stark. Mit einem Antrag zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung soll die Oberbürgermeisterin dazu aufgefordert werden, eine IT-Offensive für den Planungszeitraum 2017 – 2021 vorzulegen.

„In unserer Stadt ist die IT-Ausstattung an den Schulen wenig bis gar nicht standardisiert, überwiegend veraltet und wenig zukunftsträchtig. Die Ursachen dafür sind eine unzureichende Finanzierung und ein nicht vorhandenes Gesamtkonzept. Eine konzeptionelle Planung soll die Themen Netzanbindung, Datenschutz und IT-Sicherheit, Infrastruktur und Schulserver-

Lösung beinhalten. Die notwendigen finanziellen Mittel müssen in die langfristige Finanzplanung der Verwaltung aufgenommen werden. Der Landkreis Ludwigslust-Parchim will in den nächsten Jahren neun Millionen Euro in die IT-Infrastruktur der Schulen investieren. Wir müssen aufpassen, dass wir in Schwerin nicht den Anschluss an diese Entwicklung verlieren“, sagte CDU-Fraktionschef Sebastian Ehlers.

Fraktionen beantragen Missbilligung des Verhaltens der Oberbürgermeisterin durch Stadtvertretung

06.04.2016 Der Umgang von Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow mit dem Zeitweiligen Ausschusses zur Aufklärung des Umgangs des Schweriner Jugendamtes mit den Fällen des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen im Zusammenhang mit dem Verein "Power for Kids" und die Wiedereinbindung der Amtsleiterin für den Bereich „allgemeine Jugendhilfe“ stößt bei den Fraktionen von CDU, SPD, UNABHÄNGIGE BÜRGER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf deutliche Kritik. Gemeinsam haben die Fraktionen einen Antrag zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung eingebracht, der das Verhalten der Oberbürgermeisterin missbilligt und sie zu einer besseren Zusammenarbeit mit dem Ausschuss auffordert.

„Die einsame Entscheidung der Oberbürgermeisterin, die Amtsleiterin wieder mit dem Bereich „allgemeine Jugendhilfe“ zu betrauen, sorgt innerhalb und außerhalb der Stadtvertretung für viel Unmut. Der zeitweilige

Ausschuss und der Jugendhilfeausschuss wurden in diese Entscheidung nicht eingebunden. Bis zur Vorlage des Abschlussberichtes sollte die Amtsleiterin von diesem Aufgabenbereich entbunden werden. Nur so kann das Vertrauen in die Führung des Amtes wieder hergestellt werden“, erklärten die Fraktionsvorsitzenden Sebastian Ehlers (CDU), Daniel Meslien (SPD), Silvio Horn (UNABHÄNGIGE BÜRGER) und Cornelia Nagel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).

„Wir erwarten, dass dem Zeitweiligen Ausschuss alle notwendigen Unterlagen rechtzeitig und vollständig zur Verfügung gestellt werden. Die Oberbürgermeisterin muss als Dienstvorgesetzte außerdem dafür sorgen, dass alle betroffenen Mitarbeiter vor dem Ausschuss erscheinen und an der Aufarbeitung mitarbeiten“, sagten die Fraktionschefs.

CDU-Fraktion kritisiert Blockadehaltung der Verwaltung im Sonderausschuss „Power for Kids“

31.03.2016 Die Vertreter der CDU-Fraktion im Sonderausschuss „Power for Kids“ haben die Blockadehaltung der Verwaltung und die Rückkehr der Jugendamtsleiterin auf ihren Posten kritisiert.



*Susanne Herweg,
Mitglied im
zeitweiligen
Ausschuss*

„Es ist ein verheerendes Signal für alle Betroffenen, dass die Amtsleiterin vor Abschluss der Untersuchungen im Sonderausschuss auf ihren Posten zurückkehrt. Zumal sie einer Einladung in den Ausschuss gar erst nicht gefolgt ist und damit die weitere Aufarbeitung der Vorgänge blockiert“, erklärte Fraktionsvize Sven Klinger.

„Die Oberbürgermeisterin muss dafür sorgen, dass dem Ausschuss alle verfügbaren Unterlagen zur Verfügung gestellt werden und auch die betroffenen Mitarbeiter aussagen. Der Ausschuss wird sich außerdem sehr intensiv mit der Rolle

des Jugendhilfeausschussvorsitzenden Peter Brill auseinandersetzen. Er muss erklären, warum er den Jugendhilfeausschuss nicht über seine Informationen im Zusammenhang mit den Missbrauchsvorwürfen informiert hat. Und dass obwohl im Ausschuss noch Monate später über eine Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe diskutiert wurde“, erklärte die Stadtvertreterin und jugendpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Susanne Herweg.

CDU-Fraktion: Mehrheit im Hauptausschuss lehnt Einführung der Wertstofftonne ab

30.03.2016 Die Einführung einer Wertstofftonne wird bis auf weiteres ausgesetzt. So hat es der Hauptausschuss gegen die Stimmen der Oberbürgermeisterin, der SPD und der Grünen beschlossen. Der damit verbundene Abbau der Wertstoffsammelplätze ist somit vom Tisch. Die endgültige Entscheidung trifft die Stadtvertretung am 18. April. Zuvor hatte bereits der Umweltausschuss Änderungsanträgen der CDU-

Fraktion und der Fraktion UB zum Abfallwirtschaftskonzept zugestimmt.

„Wir haben von Anfang an betont, dass ein Alleingang der Stadt bei der Einführung der Wertstofftonne nicht zielführend ist. Die Entscheidung des Gesetzgebers auf Bundesebene muss abgewartet werden. Die Oberbürgermeisterin ist beauftragt worden, mit Eigentümern und Verwaltern von Wohn- und Gewerbeobjekten sowie der

Interessensvertretung privater Hauseigentümer zunächst Gespräche über die Einführung einer Wertstofftonne zu führen. Gerade in der Innenstadt fehlt oft der Platz für eine zusätzliche Tonne auf dem Grundstück. Hier brauchen wir flexible und vor allem bürgerfreundliche Lösungen. Einen übereilten Abbau aller Sammelplätze hat der Hauptausschuss deshalb auch abgelehnt“, erklärte Fraktionschef Sebastian Ehlers.

CDU-Fraktion begrüßt Planung einer Datenbank für Defibrillatoren

24.03.2016 Die CDU-Fraktion in der Stadtvertretung der Landeshauptstadt begrüßt die angekündigte Schaffung eines Standortüberblicks von Defibrillatoren im Internet. Bereits im Oktober 2013 hatte die Stadtvertretung einen entsprechenden Antrag einstimmig beschlossen.

„Mit der Online-Stellung des Netzplanes von Laien-Defibrillatoren können die Standorte der Geräte schnellstmöglich im Internet abgerufen werden. Noch vor Eintreffen der Rettungskräfte könne jeder Bürger die lebensrettenden Maßnahmen beginnen. Im Theater, im Schlossparkcenter, in der Marienplatzgalerie, im Stadthaus, in der Kongresshalle und an anderen Standorten sind diese überlebenswichtigen Geräte zu finden“, erklärte der Stadtvertreter Ralf Klein. „Die Bürgerinnen und Bürger müssen nicht mehr nur auf medizinische Hilfe warten und in dieser Zeit die kompliziertere manuelle Herzdruckmassage ausführen, sondern können dadurch selbst aktive Ersthilfe leisten.“

Die Bevölkerung der Landeshauptstadt Schwerin wird im Durchschnitt immer älter. Herz- und Kreislauferkrankungen erlangen somit eine steigende Bedeutung. Damit geht eine steigende Zahl herzbedingter Akutfälle einher. Ohne die Online-Datenbank ist im Notfall das Auffinden eines Laien-Defibrillators schwierig. Zusätzlich zur Online-Stellung ist auch eine einheitliche gut wahrnehmbare Kennzeichnung der Geräte notwendig. Zur Steigerung der Lebensqualität in der Landeshauptstadt erwarten die Mitglieder der CDU-Fraktion eine bürgerfreundliche und zeitnahe Umsetzung.

CDU-Fraktion fordert solide Schulentwicklungsplanung und kurzfristige Lösungen für Engpässe in den Grundschulen

16.03.2016 In der Diskussion um die Zukunft der Schulen spricht sich die CDU-Fraktion für eine bestandsfähige Schulentwicklungsplanung und kurzfristige Lösungen für die Engpässe in den Grundschulen aus.



Georg-Christian Riedel, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion

„Der erste Entwurf der Schulentwicklungsplanung wird von kaum einer Schule unterstützt. Die Verwaltung muss die Planung deshalb zügig überarbeiten und an die Realität anpassen. Ich erwarte, dass die Schulen dabei eingebunden werden. Der Plan soll fünf Jahre halten. Darum brauchen wir eine solide Schulentwicklungsplanung, die von den Schulen mitgetragen wird.“, erklärte der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Georg-Christian Riedel.

Der Fraktionsvorsitzende Sebastian Ehlers warb in diesem Zusammenhang für kurzfristige Lösungen zur Behebung der Engpässe in den Grundschulen. „Die meisten Grundschulen werden im nächsten Schuljahr aus allen Nähten platzen. In der Heinrich-Heine-Grundschule wird es zum Beispiel vier Eingangsklassen geben. Es ist jetzt nicht mehr die Zeit für Prüfungen durch die Verwaltung, wir brauchen kurzfristige Lösungen. Ich habe deshalb kein Verständnis dafür, dass die Verwaltungsspitze eine Reaktivierung von Teilen der ehemaligen Schelfschule kategorisch ablehnt. Die Kurse der Volkshochschule finden in der Regel am Nachmittag und am Abend statt. Am Vormittag können die Räume von den Grundschulkindern genutzt werden. Diese Forderung wird auch vom Elternrat der Schule unterstützt“, betonte Ehlers.

CDU-Fraktion: Stadt und Land sitzen in einem Boot – Weg der Haushaltskonsolidierung muss fortgesetzt werden

09.03.2016 Der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Gert Rudolf, hat die Auszahlung der ersten Mittel aus dem Haushaltskonsolidierungsfonds des Landes als wichtigen Beitrag zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes begrüßt. Gleichzeitig betonte er, dass der Weg der Haushaltskonsolidierung fortgesetzt werden muss.

„Es ist ein wichtiges politisches Signal, dass die Landesregierung die Stadt mit ihren finanziellen Problemen nicht alleine lässt. Insgesamt 20 Millionen Euro werden wir bis 2018 aus dem Haushaltskonsolidierungsfonds des Innenministeriums bekommen. Voraussetzung dafür ist, dass der

eingeschlagene Weg der Konsolidierung fortzusetzen wird. Die CDU-Fraktion wird diesen Kurs weiter unterstützen“, erklärte Gert Rudolf.

„Bereits vor vier Jahren hatten die damaligen Fraktionen von CDU/FDP und SPD/Grüne die Oberbürgermeisterin aufgefordert, eine Konsolidierungsvereinbarung mit dem Land abzuschließen. Erst im letzten Jahr, also drei Jahre später, ist es dazu gekommen. Wichtige Zeit ist damit verlorengegangen. Umso erfreulicher ist es, dass Innenminister Caffier jetzt die Auszahlung einer ersten Abschlagszahlung in Höhe von 3,2 Millionen Euro veranlasst hat“, betonte der CDU-Politiker.

CDU-Fraktion: Oberbürgermeisterin räumt Versäumnisse bei der Schulentwicklungsplanung ein

08.03.2016 Auf Anfrage der CDU-Fraktion hat Oberbürgermeisterin Gramkow jetzt Versäumnisse bei der Schulentwicklungsplanung eingeräumt. Bereits vor dem Ablauf des Schuljahres 2014/15 hätte die Planung beim Bildungsministerium eingereicht werden müssen. Seitdem wurden beim Ministerium bereits zwei Ausnahmegenehmigungen beantragt. Die Stadtvertretung wurde über den Verzug nicht informiert.

„Die jetzt zu beklagenden Engpässe in den Schulen sind ein hausgemachtes Problem und lassen sich auch nicht nur mit dem Zuzug von Flüchtlingen erklären. Die Verwaltungsspitze hat die Entwicklung schlichtweg verschlafen. Die Oberbürgermeisterin und die Schuldezernenten der letzten Jahre müssen sich die Frage gefallen lassen, warum sie hier nicht durchgegriffen haben. Die Schulentwicklungsplanung wird mit mindestens einem Jahr Verspätung auf den Tisch kommen. Ich halte das für einen unhaltbaren Zustand. Ich erwarte, dass die Planung unverzüglich vorgelegt wird. Die CDU-Fraktion begrüßt die Initiative zum Bau neuer Grundschulen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Oberbürgermeisterin und ihre SPD-Schuldezernenten bisher nichts in diese Richtung unternommen haben. Anträge aus zurückliegenden Haushaltsberatungen sind mir zumindest nicht bekannt“, erklärte der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Georg-Christian Riedel.

Auf Initiative des CDU-Politikers wurde ein Verwaltungsbeirat zur Schulentwicklungsplanung eingerichtet. „Die Debatte zeigt, dass der Beirat notwendig ist, um die Planung seriös vorzubereiten. Die überarbeitete Schulentwicklungsplanung ist allen Schulen zugänglich zu machen und die Stellungnahmen der Schulleitungen sind im Beirat zu diskutieren. Weitere Anhörungen sind dafür sicherlich notwendig. Die Planung muss immerhin für die nächsten fünf Jahre Bestand haben“, so Riedel, der in diesem Zusammenhang auch die kompetente und konstruktive Zusammenarbeit mit dem Stadtelterrat in dem Beirat lobte.

CDU-Fraktion gegen Schnellschüsse bei Einführung der Wertstofftonne – Sauberkeit an Sammelpunkten muss verbessert werden

25.02.2016 Angesichts der Diskussion um die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Eigenbetriebes SDS warnt die CDU-Fraktion vor Schnellschüssen bei der Einführung einer Wertstofftonne für alle Haushalte. Gemeinsam mit Werkleiterin Ilka Wilczek haben die Fraktionsmitglieder auf ihrer jüngsten Fraktionssitzung über die Vorlage diskutiert.



„Es ist unbestritten, dass wir ein Problem mit der Sauberkeit an den Wertstoffsammelplätzen haben. Wir haben deshalb einen Antrag zur nächsten Sitzung der Stadtvertretung eingebracht, der den Einsatz weiterer Sammelgefäße, eine Erhöhung des Rhythmus der Leerung und die Reinigung an problematischen Standorten fordert. Einen Abbau aller Sammelplätze sieht unsere Fraktion gerade vor dem Hintergrund, dass in der Innenstadt und in den Gebieten mit Einfamilienhäusern auf den Grundstücken oft der Platz für eine weitere Tonne fehlt, kritisch“, erklärte Fraktionschef Sebastian Ehlers.

„Sofern der Bundesgesetzgeber die Einführung einer Wertstofftonne beschließt, müssen wir uns als Stadt daran halten. Diese Entscheidung steht aber auch noch aus, deshalb warne ich vor einem Schnellschuss. Zunächst muss mit den großen Wohnungsgesellschaften, den Hausverwaltern und Haus & Grund als Interessenvertreter der privaten Hauseigentümer über diese Frage diskutiert werden. Für Bürgerinnen und Bürger, die keine weitere Tonne auf dem Grundstück wollen, muss es auch künftig eine Lösung geben“, betonte Ehlers.